

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 2.50 Mt., bei Platzvorschrift 3.— Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mt.; Reklame-Kolonellzeile 10.— Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Hohngelächter auf die Republik. Die bayerische Reichswehr als Avantgarde der Monarchie.

München, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Münchner Morgenpost meldet: Vor einiger Zeit fand in Straßwalchen eine Truppenparade der bayerischen Reichswehr statt. Dabei hielt der Reichswehrminister Gehler an die versammelten Offiziere eine Ansprache, in der er sie darauf aufmerksam machte, daß sie der Republik den Eid geleistet haben und daß sie daher verpflichtet wären, die Republik zu schützen. Bei dieser Stelle der Rede Gehlers brachen die Offiziere in ein schallendes Gelächter aus. Gehler unterbrach sofort seine Rede und ließ sich nur durch den ihn begleitenden Offizier dazu bewegen, am nächsten Tage wenigstens noch dem Vorbeimarsch der Truppen beizuwohnen. Verschiedene Offiziere erließen dann den Befehl, daß die Truppen beim Vorbeimarsch nicht den Reichswehrminister, sondern den ihn begleitenden Offizier anzublicken hätten, was dann auch geschah. In Zusammenhang damit scheint zu stehen, daß der Führer des Wehrkreiskommandos München, der General Mühl, nach Berlin gerufen wurde, daß der hohe Herr auf die Berliner Einladung nicht reagierte, und als ihm die Reichswehr befohlen wurde, in Berlin zu erscheinen, die Antwort zurückgab, er komme nicht, weil ihm mitgeteilt worden sei, daß man ihn in Berlin verhaften wolle.

Der demokratische Herr Gehler verließ seinerzeit auf Wunsch der Reichswehrprätorianer als einziger Demokrat im zweiten Ministerrat. Aber selbst dieser pfusamenweiche Nachfolger des unfeligen Koste findet keinerlei Gnade vor den bayerischen Erbfeinden Ludendorffs. Er wurde wie ein Gassenbube behandelt und die Führer der bayerischen Reichswehr pfeifen auf alle Befehle von Berlin. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diese Schutzgarden der Monarchie zur Räson zu bringen?

Ein Sinnesmann als Stadtverordnetenvorsteher in Berlin.

Berlin, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist gestern mit einer bürgerlichen Mehrheit von fünf Stimmen der deutsch-volksparteiliche Dr. Caspari zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt worden. Den demokratischen Grundsat, daß die stärkste Fraktion den ersten Vortrager zu stellen hat, befolgen die Bürgerlichen nur, wenn es ihnen in den Kram paßt. Sie pfeifen auf Demokratie und Parlamentarismus, wenn sie dadurch ihre eigene Stellung stärken können. Die unabhängige Fraktion hat für den rechtssozialistischen Abgeordneten Krüger gestimmt, obwohl sie gegen seine Person manche Bedenken hatte. Ihre Bedenken hatte sie vorher in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden der SPD. niedergelegt. Die bürgerliche Mehrheit braucht schon zusammen, als bei der Wahl des zweiten Vortragers nach Abgabe von entsprechenden Erklärungen die sozialistischen Parteien sich nicht mehr an der Wahl beteiligten. Da auch einige bürgerliche Stadtverordnete den Saal verlassen hatten, war die Versammlung beschlußunfähig und mußte vertagt werden. Das Berliner Tageblatt klagt über zu großen Optimismus der Bürgerlichen und sagt, daß man nicht ohne feste Mehrheit die Geschäfte führen könne. Man müsse die beiden Parteien noch einmal an den Verhandlungstisch bringen. Es müsse unter allen Umständen eine Verständigung in der Richtung herbeigeführt werden, daß die Mittelparteien des Hauses mit Einschluß der Reichspartei nach den hergebrachten parlamentarischen Regeln für die Befolgung des Vorstandes des Stadtverordnetenparlamentes Sorge tragen. Es regt an, noch einmal zwei Stadtverordnetenvorsteher mit gleichen Rechten zu wählen. Man muß abwarten, wie sich die SPD. zu dieser Lösung stellen wird.

Noch immer Verhandlungen über die „Kredithilfe“.

Berlin, 18. November. (U.) Der Berliner Lokalanzeiger berichtet: Am Donnerstag sollte sich das Reichskabinett noch einmal mit der Industrieaktion beschäftigen. Die Sitzung fiel jedoch aus. Innerhalb des Reichsverbandes der Industrie, der Gewerkschaften und des Reichskabinetts selbst, sowie zwischen ihnen finden täglich Sitzungen statt, in denen die Bedingungen der Industrie und die Gegenforderungen der Gewerkschaften eingehend erörtert werden. Am Donnerstag fand erst ein Gedenkstausch zwischen der Regierung und dem Reichsverbande der Industrie statt und man sagt sicherlich nicht zu viel, wenn man behauptet, daß vorläufig noch die Möglichkeit eines Kompromisses besteht.

Donnerstagabend empfing der Reichskanzler die Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und wies sie nachdrücklich auf die Folgen hin, die für die politische Lage in Deutschland entstehen könnten, wenn die Industrie an ihren Forderungen für die Kredithilfe festhalten würde.

Berlin, 18. November. Die Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sind gestern mit Vertretern der Spitzen-

verbände der Arbeitnehmer in der Zentralarbeitsgemeinschaft zu einer Beratung über die an die Kredithilfe geknüpften Bedingungen, insbesondere die Umformung der Reichseisenbahnen, zusammengetreten. Die Verhandlungen, die vertraulicher Natur sind, werden heute fortgesetzt werden.

Die Eisenbahnorganisationen zur Sinnestierung der Eisenbahnen.

Berlin, 17. November. Ueber die Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Reichseisenbahnen in privatrechtlich-ökonomische Formen zu bringen, haben in den letzten Tagen Besprechungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Großorganisationen des Eisenbahnpersonals stattgefunden, die zu einer vollen Einigung führten. Besonders bedeutsam ist das unbedingte Festhalten des Personals am Reichsbefehl der Eisenbahnen und die baldige Inangriffnahme einer Neuorganisation durch gemeinsame Beratungen der Verwaltung und des Personals. Im einzelnen lauten die Vereinbarungen:

1. Die Vertreter der Großorganisationen erklären, an dem seitwärtigen Verhältnis des direkten Besitzes und Betriebes der Eisenbahnen durch das Reich unter allen Umständen festzuhalten.
2. Die Rechte des auf dem öffentlich-rechtlichen Dienstvertrag beruhenden Berufsbeamtenstatus, zu deren Wahrung die Reichsregierung verfassungsmäßig verpflichtet ist, gelten den Großorganisationen als unverletzlich.
3. Die Großorganisationen erklären sich bereit, an der Neuordnung der Verwaltung und des Betriebes zur raschen und dauernden Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahnen unter Voranstellung der Interessen der Allgemeinheit mitzuwirken.
4. Die Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung wird beraten und zur geschäftsmäßigen Entscheidung durch den Minister Spruchrecht gemacht in einem zu gleichen Teilen aus Vertretern der Verwaltung und Vertretern der Eisenbahner-Großorganisationen zu bildenden Ausschuss. Der Ausschuss erhält die Berechtigung, Sachverständige nach eigenem Ermessen zu dieser Arbeit heranzuziehen.
5. Die Beratungen über die am 18. November von den Großorganisationen mündlich vorgetragene Gegenstände werden mit dem Sachverständigenrat aller Beschleunigung weitergeführt.

Billigung des Wiesbadener Abkommens durch England?

Im Senatsausschuss für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten gab der französische Minister Loucheur Auskunft über das Wiesbadener Abkommen. Nach den Erklärungen Loucheurs hat sich, wie der Main berichtet, eine Debatte entwickelt, in der die Frage gestellt wurde: Müßten wir Zahlungen in Natura aufnehmen? Müßten wir die Lieferungen mit den Interessen Deutschlands und den Notwendigkeiten unserer Industrie in Einklang bringen? Auf diese Fragen habe Minister Loucheur bejahend geantwortet. Er habe hinzugefügt, das Abkommen wäre unnützlich, wenn es nicht die Zustimmung der Alliierten fände. Die Haltung der britischen Presse könnte den Glauben erwecken, daß einige Einwendungen von Seiten Englands gemacht würden. Heute aber habe Frankreich die Gewissheit, daß das nicht der Fall sei. Die britische Regierung scheine übrigens entschlossen zu sein, darüber nächstens eine Erklärung abzugeben. Das französische Parlament habe sich mit der Frage der Transportkosten und der Zollregelung für die deutschen Lieferungen zu beschäftigen. Minister Loucheur soll auch erklärt haben, daß nach seiner Ansicht die Waise der Welt bereits alle Voraussetzungen überschritten habe und daß jedenfalls eine Reaktion eintreten werde.

Danzig will an den deutsch-polnischen Wirtschafts-Verhandlungen teilnehmen.

Aus Danzig wird gemeldet: Die Entscheidung der Wirtschaftskonferenz über Oberschlesien trifft u. a. Bestimmungen über die Ausfuhr von Kohlen und Grubenzeugnissen aus Oberschlesien. Da die Freie Stadt Danzig an den in dieser Beziehung zwischen dem Deutschen Reich und Polen zu führenden Verhandlungen ganz besonders interessiert ist, hat der Senat durch eine Note vom 9. November die Regierung der Republik Polen ersucht, a) gemäß Artikel 2 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920 die Freie Stadt Danzig bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Reich bezüglich der Befestigung der Freien Stadt mit Kohlen und Grubenzeugnissen zu vertreten; b) bei diesen Verhandlungen auf die Bestimmungen des Teiles VIII des Ausfuhrungs- und Ergänzungsabkommens vom 24. Oktober 1921, betr. die Versorgung der Freien Stadt Danzig mit Brenn- und Rohstoffen, Rücksicht zu nehmen; c) vor Abschluß des Vertrages gemäß Artikel VI der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920 eine Beratung mit dem Senat der Freien Stadt Danzig vorzunehmen; d) daselbst bezüglich eines etwaigen zwischen Polen und dem Deutschen Reich abzuschließenden allgemeinen Wirtschaftsabkommens zu tun. — Gleichzeitig ist gebeten worden, zur Vermeidung von Verzögerungen und zur besseren Berücksichtigung der Interessen der Freien Stadt Danzig deren Vertreter zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, wie dies auch beim deutsch-danzig-polnischen Eisenbahndarlehensabkommen geschehen ist.

Der amerikanische Gesandte in Berlin.

Berlin, 17. November. Der bisherige amerikanische Kommissar Ellis Loring Dresel ist zum interimistischen Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Amerika bestellt worden und hat die Leitung der Botschaft übernommen. Washington, 17. November. (Funkpruch.) In amtlichen Kreisen verlautet, die Ernennung Dresels zum Geschäftsträger in Berlin bedeute wahrscheinlich, daß wenigstens zunächst kein Botschafter für Deutschland ernannt wird.

Weltpolitische Knotenpunkte.

Die Abrüstungspläne Hughes sind in die Geheimzimmer der Washingtoner Konferenz verlegt worden. Nach außen hin hat es den Anschein, als ob England und Japan im Prinzip mit den Vorschlägen der Vereinigten Staaten einverstanden seien. Immerhin machen Balfour und Kato Einwendungen, so daß die Fertigstellung des Abrüstungsprogramms, soweit man von einem solchen überhaupt sprechen kann, noch mancherlei imperialistische Nüsse zu knaden geben wird. England stimmt überein mit Hughes insofern, als es die scheinbare Hegemonie über die Meere behalten soll, nur fordert Balfour, daß in der Frage der Unterseebootsbauten eine andere Lösung gefunden werde, da bei der maritimen Lage Englands naturgemäß angreifende Unterseeboote im Kriegsfalle von entscheidender Bedeutung sein würden. Japan andererseits begnügt sich nicht mit der Rolle des Dritten im Bunde. Die strategische Lage Japans ist ähnlich der Englands, abgeschnitten von seinen Hauptzufuhrwegen müßte es in wenigen Monaten wirtschaftlich zugrundegehen. Darum ist die Frage der Flotteneinsparungen für den japanischen Imperialismus von ausschlaggebender Bedeutung und der schlaue Japaner Kato wird den Balfour und Hughes, zwar in sehr verbindlichen Worten, immerhin aber noch manche Schwierigkeit bereiten.

Gegenwärtig steht eine der wichtigsten weltpolitischen Fragen auf der Tagesordnung der Washingtoner Konferenz. Es handelt sich um die zukünftige Stellung Chinas in den Weltkonflikten und die Haltung der Westmächte dem chinesischen Problem gegenüber. Die chinesische Delegation hat ihrerseits Vorschläge gemacht, die die Unverletzlichkeit Chinas in politischer, wirtschaftlicher und administrativer Beziehung fordern. Es steht außer Zweifel, daß die Vorschläge der Chinesen in der vorliegenden Form zur Annahme gelangten. Hughes hat bereits die Stellungnahme der Vereinigten Staaten präzisiert und erklärt, daß seine Regierung das Prinzip der offenen Tür gegenüber China propagierte. Dadurch tritt der amerikanische Pferdeschuh unverhüllt in Erscheinung insofern, als die Vereinigten Staaten gegenüber England und Japan keine eigentlichen Stützpunkte an den Küsten Chinas besitzen. Die Vereinigten Staaten befinden sich dadurch im Nachteil gegenüber den beiden anderen Konkurrenzländern, die in Schantung, Kiautou und in Wei-hai-wai, sowie in Hongkong ihren Platz an der Sonne teilweise seit Jahrzehnten bereits gefunden haben. Wenn die Vereinigten Staaten das Prinzip der offenen Tür proklamieren, dann müßte das auf die Stützpunkte Englands und Japans von ausschlaggebender Bedeutung sein und es ist nicht ohne Interesse zu erfahren, daß Briand scheinbar den Vermittler in den chinesischen Fragen spielt, indem er alle französischen Interessen in China in den Hintergrund rücken möchte, um damit eine Einwirkung auf England und Japan im Interesse Amerikas zu erzielen. Briand wünscht ein intimes Verhältnis mit den Vereinigten Staaten zunächst aus finanziellen Gründen, ferner aber sollen die Vereinigten Staaten die Garantien für die Vormachtstellung Frankreichs in Europa übernehmen. Wenngleich die französischen Vorschläge gegenüber dem chinesischen Problem als fragwürdig zu bezeichnen sind, so liegt doch die Wahrscheinlichkeit nahe, daß Frankreich mit großer Geistes in Chinesische Interessen verflochten wird, um andererseits Vorteile in Europa einzuhandeln.

Es kommen bereits Meldungen daß die scheinbaren Verständigungen über das Abrüstungsprogramm den japanisch-englischen Vertrag in Frage gestellt haben. Soviel steht fest, daß der Vertrag mit Japan in England und seinen Kronländern wenig Sympathien genießt. Immerhin aber war der Vertrag mit Japan ein wichtiger Rückversicherungsfaktor in der bisherigen englischen Politik und man wird nur schweren Herzens den Vertrag opfern, da dann das Verhältnis Englands in Ostasien sich zweifellos schwieriger gestalten müßte. Indes England hat außerordentliche Rücksichten auf die Haltung zu den Vereinigten Staaten zu nehmen, da es sich finanziell in nicht eben günstiger Situation befindet. Es muß fernerhin die Sympathien Amerikas suchen, da es heute insofern des Weltkrieges die alles beherrschende Position in der Weltpolitik verloren hat. Dem Engländer erscheint es daher vorläufig wichtiger, sich dem stärkeren Amerika anzupassen, bis das britische Reich wieder soweit gekräftigt erscheint, um seine imperialistischen Pläne in aktiverer Form verfolgen zu können. Der japanisch-englische Vertrag wird aller Wahrscheinlichkeit nach in Washington gepeert werden, um das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten günstiger zu gestalten.

Von nicht geringem Interesse war die Mitteilung, daß Staatssekretär Hughes, als er in einer der letzten Sitzungen der Konferenz das Prinzip der offenen Tür für China proklamierte. Erklärte daß, wenn von Japan der Verzicht auf einen Teil seiner Rechte in Schantung gefordert würde, man naturgemäß das Prinzip der offenen Tür auch in Mesopotamien verlangen müßte, damit der Verlust Japans in Schantung durch die Verminderung der Rechte Englands in Mesopotamien ausgeglichen werde. Wie wiesen schon darauf hin, daß die amerikanischen Petroleuminteressen bei den territorialen Auseinandersetzungen auf der Konferenz